

Punjab: Sozio-ökonomische Faktoren in der Krise

In dem Artikel "Socio-Economic Roots of Terrorism in Punjab", der in der indischen Zeitschrift "Mainstream" erschien, analysiert Satya Deva, Professor für Verwaltung (Public Administration) an der Punjab University in Chandigarh den Konflikt im Punjab auf seine sozio-ökonomischen Ursachen. Er legt dar, daß die reichen Sikh-Landlords im Kampf gegen die geldbesitzende Hindu-Bourgeoisie die zentralen Hintermänner des Konflikts sind. Durch die Verschleierung ihrer Interessen mit religiösen Motiven versuchen sie, auch die armen Bauern für die Erreichung ihrer Ziele zu mobilisieren.



Die meisten Sikhs leben von der Landwirtschaft (Foto: Frontline)

Bis heute ist das Problem im indischen Punjab weder hinreichend erklärt worden, noch gibt es Aussichten auf eine Lösung. In der Zwischenzeit kostet dieser Konflikt weiterhin Menschenleben - immer mehr Menschen werden umgebracht: von Terroristen oder von den Streitkräften. Uralte familiäre Bindungen zwischen Hindus und Sikhs sind angespannt; die zahlreichen Ehen zwischen Hindus und Sikhs sind in Gefahr. Langsam aber sicher werden Sikhs dem nationalen Leben entfremdet - in ganz Indien steht man ihnen mit Argwohn und Skepsis gegenüber.

Innerhalb des Punjab gelten Notstandsgesetze. Bürokratie, Polizei und paramilitärische Kräfte sind an der Macht, und von Überall gibt es Berichte über Angriffe und Folter durch die Polizei. Die Demokratie als gesellschaftliche Lebensform scheint im Punjab endgültig der Vergangenheit anzugehören. Auch Handel und die industrielle Produktion leiden unter dem Konflikt. Viele Hindu-Familien haben den Punjab verlassen. Bis heute haben die politischen Führer und die Intellektuellen bei der Diagnose dieses 'Krebsgeschwürs' versagt. Eine Diagnose, die sich den wahren Ursachen dieses Konflikts zuwendet, ist aber, auch im Hinblick auf vergleichbare Probleme in anderen Teilen Indiens, unbedingt notwendig.

Zweifellos hat die pakistanische Regierung die militanten Sikhs unterstützt, aber es wäre falsch, dies

als das grundlegende Problem zu betrachten. Es kann einfach nicht geleugnet werden, daß es einen harten Kern von aktiven Terroristen - mehrere hundert junge Sikhs - gibt. Aber leider bezieht sich unsere Regierung vor diesem Hintergrund nur auf die Theorie der Einmischung ausländischer Mächte, anstatt die Situation innerhalb des Landes zu untersuchen, die eine heimliche Intervention dieser Mächte ermöglicht.

Scheitern der Agrarreform

Es ist bemerkenswert, daß die Auseinandersetzungen seit mehr als sechs Jahrzehnten andauern, Extremismus und Terrorismus aber erst vor einem Jahrzehnt aufkeimten. Eine bedeutende sozio-ökonomische Veränderung, die dem Ansteigen des Extremismus vorausging, war der Aufstieg der kapitalistischen Landwirtschaft, die sich in erster Linie aus dem Versagen von Landreformen und dem Erfolg der Grünen Revolution entwickelte. Während Landreformen im Punjab bei der Konsolidierung von Großgrundbesitz durchaus erfolgreich waren, schlugen sie sowohl bei der Beschränkung von Landbesitz als auch bei der Verbesserung der Rechtssicherheit für die Pächter völlig fehl. Die Nationale Kommission für Landwirtschaft schreibt dazu: "Diese legislativen Maßnahmen waren voller Schlupflöcher, deren sich die größeren Landbesitzer in ihrem Sinne bedienten, um die Gesetze zu umgehen. Die Beschränkung von Landbesitz wurde regelmäßig umgangen. In Erwartung solcher

Beschränkungen gingen die Großgrundbesitzer vielfach dazu über, ihren Besitz zu teilen und fiktiv in kleinen Stücken an einzelne Familienmitglieder zu transferieren. Das Resultat war, daß der Regierung nur wenig Land blieb, um es an Landlose zu verteilen.

Beim Pachtsystem im Punjab werden, wie in verschiedenen anderen Staaten, sogenannte "sharecropper" vor dem Gesetz nicht als Pächter angesehen. Die "sharecropper" sind Pächter, die ihren Pachtzins in Form von Ernteanteilen, also in Naturalien, zu entrichten haben. "Der Ausschluß der sharecropper von den Pachtgesetzen entzieht Millionen von Landarbeitern den Schutz und die Rechte, die Pächtern im Rahmen des Pachtschutzgesetzes gegeben werden. Außerdem ist die Vertreibung von Pächtern von ihrem Land noch weitverbreitet. Dies ist im Grunde die Fortsetzung der feudalen Pachtverhältnisse." Nach Meinung der Kommission "gibt es keinen Grund, warum ein Pachtverhältnis begrenzt sein sollte" nur weil - wie es im Punjab üblich ist - kein Vertrag zur Bebauung des Landes abgeschlossen wurde.

Weiter sind die Möglichkeiten der "freiwilligen Abtretung" landwirtschaftlicher Nutzflächen zum stärksten Mittel der Landbesitzer geworden, Pächter nicht in den Genuß von Rechten kommen zu lassen, die ihnen eigentlich zustehen. Die "freiwillige Abtretung" ist jedoch nur in den seltensten Fällen freiwillig. "Im Gegensatz zu anderen indischen Bundesstaaten gibt es im Punjab keine gesetzlichen Bestimmungen, die die Abtretung von landwirtschaftlichen Nutzflächen regeln."

Eine andere wichtige Bestimmung, "die ein Nachteil für potentielle Nutznießer der Pachtgesetze war, ist das Gesetz zur Aufnahme von Pachtland durch einen Landbesitzer." Landbesitzer im Punjab konnten zusätzliches Land erhalten, wenn sie es "persönlich kultivieren". Der Terminus "persönlich" ist allerdings so definiert, daß damit auch die Bearbeitung der Felder durch angeheuerte Tagelöhner möglich war.

Die Pachtgesetzgebung war auch nicht in der Lage, die Höhe der zu entrichtenden Pachtzahlungen so zu regeln, wie es im Fünf-Jahres-Plan vorgesehen war. Er sah vor, daß 20 bis maximal 25 % der Erträge als Pacht zu entrichten waren. Im Punjab ist die Pacht auf ein Drittel der Erträge festgesetzt. Und schließlich sind die Besitzregister manipuliert; entsprechend stellen die Landbesitzer keine Bescheinigungen über den Erhalt der Pachtzahlungen aus. Zudem weisen sie ihren Pächtern jedes Jahr wechselweise neue Parzellen zu, so daß diese eine kontinuierliche Bearbeitung der Felder nicht nachweisen können und so das Recht auf den Besitz nicht erlangen können.

Auswirkungen der 'Grünen Revolution'

Die Grüne Revolution setzte mit der Entwicklung neuer Agrartechnologien ein. Dies erforderte höhere

Investitionen der Bauern. Während große Landbesitzer daran gingen, hohe Profite zu machen, litten die Klein- und Kleinst-Bauern. Kredite waren für sie nur schwer zu erhalten - sie mußten privaten Geldverleihern hohe Zinsen und Beamten Bestechungsgelder zahlen. Die landwirtschaftlichen Investitionsmittel, das heißt Maschinen, Dünger, Saatgut, Schädlingsbekämpfungsmittel u.a. wurden von Tag zu Tag teurer. Hinzu kam teilweise "gepanschtes" und deshalb mangelhaftes Saatgut. Dies galt auch für das staatlich geprüfte Qualitätssaatgut. Darüberhinaus mußte die Ernte auch noch zu unrentablen Preisen verkauft werden. Das Ergebnis war die Verarmung vieler Kleinbauern. Die Autoren Bhalla und Chadha fanden in einer Untersuchung 1975/76 heraus, daß sich Kleinbauern - mit einem Landbesitz zwischen einem und zwei Hektar - jährlich um etwa 795 Rupien verschulden und ein Kleinstbauer - der bis zu einem Hektar Land besitzt - sich um etwa 700 Rupien pro Jahr verschuldet. Viele von ihnen waren offensichtlich gezwungen, ihr Land an große Landwirte zu verkaufen oder zu verpfänden und sich in die große Masse der landlosen Landarbeitern einzureihen. Laut der 'All-India Rural Labour Enquiry' - einer Umfrage zur Landarbeit in ganz Indien - stieg die Zahl der Landarbeiterhaushalte ohne eigenen Grundbesitz im Punjab und im Bundesstaat Haryana zwischen 1964/65 und 1974/75 um 33 Prozent.

Das Ergebnis dieser beiden Faktoren - die Inkonzsequenz bei der Durchführung der Landreform sowie die Einführung neuer Technologien - war der Aufstieg der großen kapitalistischen Landwirte. Bhalla und Chadha fanden heraus, daß 1975/76 Großbauern Farmen mit einer Durchschnittsgröße von etwa 13 Hektar besaßen, wogegen Kleinstbauern über durchschnittlich 0,7 Hektar verfügten. Das heißt, daß im Schnitt die großen Farmen etwa zwanzigmal so groß waren wie die der Kleinstbauern. Diese Ungleichheit kann nicht mit einer höheren Produktivität der Großfarmen begründet werden - das jährliche landwirtschaftliche Einkommen pro 'acre' Land (2,5 acre/1 Hektar) betrug bei Großfarmen durchschnittlich 740 Rupien, bei den Kleinstfarmen 754,50 Rupien. Während bei den Kleinstbauern die ganze Familie auf dem Land arbeitete, ließ der Großfarmer bezahlte Arbeitskräfte arbeiten. Der Kleinstbauer mußte sein Einkommen durch Milchkühe oder Hühner aufbessern. Daraus läßt sich schließen, daß die konsequente Durchführung der Landreform keine Verminderung der landwirtschaftlichen Produktion zur Folge gehabt hätte; außerdem hätte sie zu einer verstärkten Produktion von Milch-erzeugnissen und Produkten aus der Geflügelhaltung geführt.

Die Erkenntnis der zunehmenden Verschuldung und Verarmung von Klein- und Kleinstbauern ist wohl ein Schock für die Elite, in deren Bewußtsein die Grüne Revolution bislang als Allheilmittel für die landwirtschaftlichen Probleme Indiens angesehen wurde. Demzufolge wird jeder Versuch, die Probleme der Bauern im Punjab und die Grüne Revolution in einen

ursächlichen Zusammenhang zu bringen, vermieden, um sich keine Blöße zu geben. Tatsache ist, daß das Problem noch viel größer ist - es betrifft auch die Großbauern. Wenn auf der einen Seite die neuen Technologien zu größerer landwirtschaftlicher Produktivität geführt haben, so wird diese auf der anderen Seite teilweise durch die Verteuerung industrieller 'inputs' neutralisiert. So stellen die Produkte der Landwirtschaft, wie Weizen, Reis, Zuckerrohr, Baumwolle und Ölsamen unverrichtbare 'inputs' für die weiterverarbeitende Industrie dar, entweder zur Ernährung der Arbeiter oder als Rohmaterial. In gleicher Weise sind die Produkte der Industrie, wie Kunstdünger, Pumpen, Traktoren, Pestizide und Ölprodukte die lebenswichtigen Betriebsmittel der Landwirtschaft. Zum Nachteil der Farmer sind die Preise für Industriegüter aber schneller gestiegen als die für landwirtschaftliche Produkte. Sprecher der Bauern beklagen diese Entwicklung schon seit geraumer Zeit.

Verhalten der Zentralregierung

Die wirtschaftlichen Probleme der Bauern finden notwendigerweise ihr Echo in der Politik. Man erwartet zwar von der Regierung, daß sie die Balance zwischen den verschiedenen Interessen wahrt. Da aber die Zentralregierung vor allem von der großen Industrie und dem Handel unterstützt wird, werden den Bauern größere Restriktionen auferlegt: so verhindert das System der sogenannten Nahrungsmittel-Zonen, daß die Bauern des Punjab ihr Korn in andere, bedürftige Regionen verkaufen, was zu niedrigen Preisen führt. Außerdem ist der Bauer gezwungen, seine Produkte zu den von der Zentralregierung festgelegten Preisen zu verkaufen.

Dies ist die Ursache für die Forderung nach mehr bundesstaatlicher Autonomie: die Landwirte im Punjab wollen, daß die Preise von **ihrer** Landesregierung festgelegt werden, weil die von ihrer finanziellen und politischen Unterstützung abhängig ist. Während die Zentralregierung den Bauern Restriktionen auferlegt, tut sie wenig, um die Preise für industrielle Güter stabil zu halten. So liegen die Preise für Kunstdünger und Traktoren in Indien über den Weltmarktpreisen; auch die Preise für Konsumgüter, die in Indien produziert werden, sind rapide gestiegen. Minderwertige Kunstdünger und Pestizide haben so manchen Bauern in den Ruin getrieben. Industrielle Konsumgüter müssen im Punjab überwiegend aus anderen indischen Unionsstaaten 'importiert' werden: der Mangel an großen Industrieanlagen im Punjab, auch im öffentlichen Sektor, wird als Ergebnis der stiefmütterlichen Behandlung durch die Zentralregierung gesehen. Bezogen darauf, daß der Punjab gezwungen wurde, in erster Linie Produkte wie Weizen, Reis, Baumwolle und Ölsamen in das übrige Indien - oft zu niedrigen Preisen - zu 'exportieren' und industrielle Produkte zu hohen Preisen zu 'importieren', könnte man sagen, daß es Ansätze einer Ausbeutung des Punjab, insbesondere seiner Bauern, gibt.

Kulturelle Ursachen

Innerhalb des Punjab hat die Ausbeutung von armen Bauern durch Adel, Landbesitzer, Bürokratie, Geldverleiher und Händler eine jahrhundertealte Tradition. Diese Ausbeutung steht aber auch in einem kulturellen Kontext. Zum Beispiel haben Menschen aus städtischen Gebieten immer schon auf die Landbevölkerung herabgesehen. Im Punjab besteht die Mehrheit der ländlichen Bevölkerung aus Sikhs, während die Mehrheit in den Städten Hindus sind. So wurde Sikhsein gleichbedeutend mit 'bäuerlich-sein' und zwar im abfälligen Sinne. Hindus haben sich seit Dekaden über Sikhs lustig gemacht. Viele Sikhs haben sich meist über solche Witze nicht sonderlich aufgeregt. Dennoch ist eine solch verbreitete und konstante Beleidigung einer ganzen religiösen Gemeinschaft sicherlich unentschuldigbar. Die Beleidigung galt in Wirklichkeit symbolisch dem niedrigen Status des Bauern - und Bauern sind die meisten Sikhs. Sie haben auch all die Nachteile erduldet, denen die Landbevölkerung ausgesetzt ist. Ihre im Vergleich zu der Stadtbevölkerung geringen Englischkenntnisse haben ferner dafür gesorgt, daß sie keine Arbeitsplätze in der Bürokratie erhielten, insbesondere nicht in gehobenen Positionen. Im übrigen sind die meisten Mitglieder der Einstellungsbehörden und Auswahlkomitees für Jobs in der Verwaltung Hindus. Da diese zusätzlich noch Personen ihrer eigenen Familie, Kaste, Klasse und Religion bevorzugten, hatten Sikhs mit gleicher Befähigung verglichen mit Hindus wenig Chancen. Während Bauern meistens Sikhs waren, waren die sie ausbeutenden Geldverleiher, Händler und Industriellen in erster Linie Hindus. Wenn man dann noch davon ausgeht, daß Hindus in den Sikhs "Dummköpfe" sehen, so ist es nicht verwunderlich, daß Sikhs mit der Zeit das Gefühl entwickelten, sie würden benachteiligt und diskriminiert.

Zu der oben erwähnten Polarisierung kam noch der Konflikt zwischen armen Sikh-Bauern und Sikh-Landlords, die kapitalistischen Leitlinien entsprechend wirtschafteten. Arme Bauern sind beispielsweise darauf angewiesen, bei den reichen den Traktor auszuliehen. Sie müssen sich andere Gerätschaften mieten oder sich von ihnen Geld leihen. Der verarmte Kleinstbauer muß sogar manchmal gegen Lohn auf dem Feld des reichen Bauern arbeiten. Viele der landlosen Sikh-Arbeiter gehören zu niederen Kasten, bekannt als "mazhabis" - sie haben auch einen sehr niedrigen sozialen Status.

Während der arme Bauer insgesamt eher dazu tendierte, sich in sein Schicksal zu fügen, hat die neue Generation der nach kapitalistischem Vorbild wirtschaftenden Farmer, die wegen der für sie ungünstigen Austauschbedingungen (teure 'inputs'/ relativ niedrige Preise für ihre Produkte) Hunderttausende von Rupien verloren haben, zurückgeschlagen. Nachdem sich gezeigt hatte, daß Geschenke an politische Parteien nicht dazu führten, daß diese die Interessen der Landwirte vertreten, haben sie bezahlte Söldner und religiöse Fanatiker für ihren



Das Militär ist im Punjab überall präsent (Foto: Frontline)

Kampf eingespannt. Obwohl die Interessen der armen Bauern mit denen der Großbauern kollidierten, wurden sie ebenfalls motiviert, im Namen der Religion zu kämpfen. So ging von der 'Anandpur Sahib Resolution' (1978 - siehe Kasten) der Ruf aus, die Identität der Sikhs sei in Gefahr. Drohungen, die jedoch nicht in der Resolution festgeschrieben waren, kamen für den Fall, daß keine Zugeständnisse gemacht würden, hinzu: Man wolle dann mit dem Kampf für einen eigenen Sikh-Staat namens Khalistan beginnen. In diesem Staat sollten Ehre und Tradition der Sikh-Gemeinschaft bewahrt werden.

Es ist bemerkenswert, daß die meisten Forderungen in der 'Anandpur Sahib Resolution' ökonomischer Art sind und darauf abzielen, die Interessen der Landwirte, insbesondere der Großgrundbesitzer zu fördern. Denn es sind die reichen und nicht die armen Bauern, die von einer Änderung des Landbegrenzungsgesetzes, Preisrückgängen bei landwirtschaftlichen Maschinen, Abschaffung der Vermögenssteuer und Staatssteuer und Erbrechtsänderungen profitieren. Es sind vor allem die Reichen, die von einer Ausweitung der Kreditmöglichkeiten für mittlere Industrien, wie in Punkt 3 gefordert, Vorteile haben. Kompensationszahlungen an Flüchtlinge, Nominierungen für Behörden, lokale Körperschaften und Staatsparlament, all dies betrifft die Reichen. Selbst die Arbeitslosenunterstützung betrifft nur ausgebildete Arbeitslose, denn wer würde sie an landwirtschaftliche Tagelöhner zahlen, die mehr als 38 % der männlichen Bevölkerung ausmachen?

Erst nachdem klar war, daß die Forderungen nicht erfüllt wurden, kam es zu Auseinandersetzungen im Punjab. Die Terroristen hatten hervorragende Waffen und viele von ihnen waren offensichtlich gut trainiert. Die Kosten für Waffen und Ausbildung können nur von reichen Farmern aufgebracht worden sein,

obwohl auch aus dem Ausland Unterstützung gekommen sein mag. Durch einige andere Faktoren spitzte sich die Lage weiter zu.

Einerseits wurden unschuldige Hindus und Sikhs von Sikh-Terroristen im Punjab ermordet, andererseits wurden Tausende unschuldiger Sikhs erbarmungslos abgeschlachtet und sogar lebendig verbrannt. Die Anschläge wurden offenkundig von Schlägertrupps, die mit Geldern der kapitalbesitzende Hindu-Bourgeoisie arbeiteten, verübt. Sie operierten im November 1984 (nach der Ermordung von Indhira Gandhi) in Delhi und anderen Orten unter stillschweigender Duldung der Politiker und der Polizei.

Von den beiden streitenden Parteien wird das Punjabproblem als grundsätzlich kommunalistisches angesehen: dabei stärken die reichen Sikhbauern ihre Position durch die Unterstützung der armen Bauern. Die kapitalbesitzende Hindu-Bourgeoisie gewinnt an Einfluß, wenn ihre Kandidaten als Beschützer der Hindus angesehen werden. Gleichzeitig benutzen beide Seiten permanent die Medien, um dem Problem eine kommunalistische Ausrichtung zu geben.

Allerdings sprechen alle Fakten gegen die Einschätzung, der Konflikt sei kommunalistisch. Zwischen der 'Normalbevölkerung' kommt es zu keinen Ausschreitungen. Hindus beten auch weiterhin in gurudwaras und Sikhs in Hindu-Tempeln, Heiraten zwischen den beiden Religionsgruppen finden immer noch statt. Die meisten Sikhs im Punjab stehen dem Terrorismus kritisch gegenüber. Und der Großteil der Hindus im Punjab verurteilt die die Delhi-Unruhen vom November 1984.. Der wirkliche Konflikt besteht nicht zwischen Sikhs und Hindus, sondern zwischen den landbesitzenden und den kapitalbesitzenden Gruppen der Bourgeoisie.

Die 'Anandpur Sahib Resolution' wurde im Oktober 1978 von der 'All-India-Akali-Conference' verabschiedet. Sie wird vom 'Sikh-Forum' und den Sikhs allgemein als einzige authentische Resolution akzeptiert.

Punkt 1: Forderung nach Autonomie im Rahmen des Föderalismus. **Punkt 2:** Forderung nach der Angliederung von Chandigarh und Punjabi-sprachigen Gebieten an den Punjab, die Kontrolle der Administration der für den Punjab relevanten Bewässerungsprojekte, gerechte Verteilung des Flußwassers von Ravi und Beas und eine Änderung des Landbeschränkungsgesetzes in Uttar Pradesh. **Punkt 3:** Betonung der Notwendigkeit, "die Monopolstellung der Kapitalisten innerhalb der indischen Ökonomie nach 30jähriger Regierung des Congress in Indien zu beenden"; Forderung nach Parität zwischen landwirtschaftlichen und Industrieprodukten, lohnenden Preisen für 'cash crops', forciertes Industrialisieren des Staates, Arbeitslosenunterstützung und deutlicher Reduzierung der Preise für landwirtschaftliche Maschinen und 'inputs'. **Punkt 4:** Forderung, daß dem Punjabi der Status einer Zweitsprache in den Nachbarstaaten eingeräumt werden sollte. **Punkt 5:** Forderung nach einer baldigen Regelung der Ansprüche der Flüchtlinge in Jammu und Kashmir. **Punkt 6:** Forderung nach einer angemessenen Repräsentanz von Sikhs in Behörden, lokalen Körperschaften und Staatsparlament, falls nötig durch Nominierungen. **Punkt 7:** Forderung nach Abschaffung der Verbrauchssteuer auf Traktoren, damit sie billiger werden. **Punkt 8:** Forderung nach Verbesserung der ökonomischen Situation der Arbeiterklasse durch Verabschiedung des Mindestlohngesetzes etc. **Punkt 9:** Forderung nach einer Radiostation im Goldenen Tempel von Amritsar. **Punkt 10:** Forderung nach Befreiung von Vermögenssteuer und Staatssteuer für landwirtschaftliche Nutzflächen sowie Erbrechte für Frauen am Besitz des Schwiegervaters anstelle des Vaters. **Punkt 11:** Forderung "keine Diskriminierung" von Sikh- und Hindu-Harijans in allen Teilen Indiens und Budgetzuweisungen für ihr Wohlergehen entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung. **Punkt 12:** Forderung nach sofortiger Einrichtung von sechs zucker- und vier textilverarbeitenden Betrieben im Punjab.

Vorschläge zur Lösung des Problems

Die Analyse des Problems führt zu klaren Empfehlungen. Als erstes muß die mißliche Lage der armen Landbevölkerung verbessert werden. Es müssen Schritte unternommen werden, um die kleinen Farmen profitabel zu machen. Dies würde im Agrarbereich zu einer größeren Gerechtigkeit führen und gleichzeitig

dem Terrorismus einen Großteil seiner Basis entziehen. Was am dringendsten benötigt wird, ist die Versorgung mit landwirtschaftlichen Betriebsmitteln guter Qualität zu vernünftigen Preisen. Dies kann durch direkte staatliche Einflußnahme in diesem Bereich sowie durch die Einhaltung von festgesetzten Preisrichtlinien erreicht werden.

Ein anderer Schritt muß die Durchführung von Landreformen sein, die sich auf die Festlegung von Obergrenzen bei Landbesitz und auf die Sicherung der Pachtrechte stützen. Das würde vielen Landlosen den Weg zu eigenem Landbesitz öffnen und würde den Einfluß der großen Farmer und damit die Macht derer, die den Extremisten den Rücken stärken, brechen. Großgrundbesitzer können für den Verlust des Landes Kompensationszahlungen erhalten, indem man ihnen Investitionsanreize für ein mögliches Engagement im industriellen Bereiche bietet.

Der dritte Schritt müßte darauf abzielen, mehr industrielle Großbetriebe im Punjab anzusiedeln. Schließlich ist die Industrialisierung der einzige Ausweg, um den Konflikt zwischen Land- und Kapitalbesitzern zu lösen; nur dann kann eine echte Entwicklung in Gang gebracht werden.

Der öffentliche Sektor kann, wie bereits in gewissem Umfang geschehen, genutzt werden, um die Industrialisierung zu forcieren. Was der Punjab am nötigsten braucht, sind Gewerbebetriebe, die auf der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte basieren, d.h. Nahrungsmittelverarbeitende Industrien, Gefrier- und Kühlhäuser und den Ausbau des Transportsektors.

Viertens müssen zusätzliche Anstrengungen unternommen werden, um so bald wie möglich durch angemessene Weiterbildung und Bezahlung Arbeitsmöglichkeiten für ausgebildete Jugendliche zu schaffen.

Und schließlich sollten die Bundesstaaten mehr Autonomie erhalten. Eine größere Selbständigkeit hat aber nur dann einen Sinn, wenn die einzelnen Unionsstaaten über höhere gesicherte Einnahmen verfügen. Dies könnte beispielsweise über die Teilung der Körperschaftssteuer zwischen dem Zentrum und den Ländern erreicht werden.

Die oben aufgezeigten Maßnahmen scheinen geeignet, um eine solide Basis für die Einschränkung der extremistischen Tendenzen zu schaffen. Gewalt von staatlicher Seite als Antwort auf den Terrorismus der Großgrundbesitzer wird weder kurz- noch langfristig zu einer dauerhaften Lösung führen. Ein permanenter Friede erfordert Veränderungen der objektiven Verhältnissen.

(Übersetzung: B. Weißen)